



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Jobticket für Öffentlichen Dienst bezuschussen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes vorzulegen mit dem Ziel, dass für Beschäftigte des Freistaates Bayern zu den Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte mit regelmäßig verkehrenden öffentlichen Beförderungsmitteln im Rahmen besonderer haushaltsrechtlicher Regelungen ein Fahrkostenzuschuss gewährt werden kann.

### **Begründung:**

Die Öffentliche Hand hat auch beim Thema „umweltfreundliche Mobilität“ Vorbildcharakter. Mit einem Zuschuss zum Jobticket soll bei den Beschäftigten ein Anreiz geschaffen werden, auf dem Weg zur Dienststätte verstärkt die Öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Beim Freistaat Bayern sind knapp 300.000 Beamte und Angestellte beschäftigt. Mit einem Zuschuss zum Jobticket könnten hier wesentliche Verlagerungseffekte erzielt werden.

Seit Anfang 2016 bietet das Land Baden-Württemberg ein bezuschusstes Jobticket für die Beschäftigten der Landesverwaltung an. Seit dem 01.10.2017 beträgt der Zuschuss zum Jobticket BW 25 Euro pro Monat. Zuschussberechtigt sind die unmittelbar beim Land Beschäftigten (Arbeitsvertrag oder Dienstverhältnis mit dem Land).

In Hessen können die Staatsbediensteten ab dem 01.01.2018 mit dem Jobticket sogar den gesamten öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr in ganz Hessen kostenfrei nutzen.